

FORWARD

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Preis 6.-

Sozialistische Sektion des CWI/KAPD
Sozialistische Zeitschrift 147/11 A-1070 Wien
Quartiersstr. 43 70 Fax 01/ 524 63 11
Kaisersbrunn E-Mail: sip@gmx.at
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: sip@gmx.at

Solidaritätspreis 10.-

Nr. 12 1987

NEIN

zur Spar- politik!

Die Sparpolitik der Koalitionsregierung SPÖ-ÖVP findet vor allem bei den Unternehmern Belfall. Aber für die Arbeiter und Angestellten ist diese konservative Politik nur eine neuerliche Belastung. Die Sparmaßnahmen werden maßgeblich von den SPÖ-Mitgliedern in der Regierung getragen und von der SPÖ-Führung unterstützt. Diese Regierungspolitik bedeutet das Aufgeben jeglicher sozialistischer Grundsätze.

"Österreich hat ein beispielhaftes System der sozialen Sicherheit. Es ist die erklärte Absicht der Bundesregierung, dieses bewährte System dauerhaft abzusichern. Die Absicherung bedeutet aber keinen

sozialpolitischen Stillstand. Die Perspektive ist nicht der Abbau, sondern die gezielte Verbesserung des sozialen Netzes. Der hohe Standard der sozialen Sicherheit und die geänderten Rahmenbedingungen nützen dabei den qualitativen Aspekt gegenüber dem quantitativen in den Vordergrund."

(Regierungserklärung 1987 von Bundeskanzler Dr Franz Vranitzky) "Eine neue Partnerschaft für Österreich" - so rechtfertigt die Führung der SPÖ die Koalition mit der Unternehmerpartei ÖVP. Eine Partnerschaft, die die neuen Sparmaßnahmen gegen alle Widerstände in der Bevölkerung durchsetzen soll. Bereits am 24.9.'87 sagt Sozialminister Dallinger im Inlandsreport: "Jetzt ist Zahltag."

Die neue Pensionsreform wird die

Arbeitnehmer stärker belasten als die Unternehmer, besonders benachteiligt bleiben sozial Schwache also: Einsparen um jeden Preis!

Bereits jetzt leben tausende Pensionisten unter der Armutsgrenze. Durch die Einführung einer Volkspension könnte allen älteren Menschen ein sicheres Einkommen garantiert werden. Auch die Überlegungen des zuständigen Ministers zu der anstehenden Krankenhausreform werden die Arbeitnehmer wieder finanziell benachteiligen. Lange Wartezeiten bei den Ärzten, zu wenige Betten in den Krankenhäusern und Verschlechterung der qualitativen ärztlichen Versorgung der Bevölkerung - eine Verbesserung der Gesundheitsfürsorge ist notwendig. Aber die Pläne reichen über leistungsorientierte Bezahlung

GESAMTÖSTERREICHISCHE Demonstration

gegen

Arbeitslosigkeit

Sozialabbau u. Bildungsstopp

für

eine offensive Beschäftigungs-
u. Verstaatlichtenpolitik

Sa. 24. Okt. in Wien

13^{30h} Westbahnhof 16^h Ballhausplatz

Abschlusskundgebung mit

Drahdwaberl, Villacher Arbeiterchor u. vielen anderen Künstlern

der Behandlung bis zu einem Selbstbehalt bei einer stationären Versorgung. Die kostenlose ärztliche Fürsorge ist ein wichtiges Recht, das sich die Arbeiterschaft erkämpft hat und ein wesentlicher Bestandteil sozialistischer Politik. Daß gerade ein sozialistischer Minister nun eine uralte konservative Forderung aufgreift, spricht nicht für die sozialistische Haltung mancher SPÖ-Funktionäre. Kürzungen der Sozialleistungen wie Arbeitslosgeld und Sozialhilfe sind nur ein Teil der Sparpolitik der Regierung. Nicht nur die wichtigsten sozialen Leistungen des Staates werden abgebaut, auch die Einkommen der Arbeiter und Angestellten steigen schon seit Jahren nur sehr mäßig. Unterdessen klettern die Gewinne der Kapitalgesellschaften sowie die Einkommen

aus Besitz und Unternehmungen und Kapitalanlagen, kurz die Profite der Reichen, in ungeahnte Höhen. Im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post soll bei Gehältern und Arbeitsplätzen gespart werden. Obwohl die Gewerkschaft bereits gegen diese Sparpolitik protestiert hat, neue Arbeitsplätze und den Abbau der Überstunden fordert, werden die Maßnahmen von den sozialistischen Regierungsmitgliedern unterstützt. Trotz aller Einsparungen werden die Tarife der Post und Bahn erhöht. Die Arbeitslosigkeit wird, wenn diese arbeiterfeindliche Politik weitergeführt wird, stark ansteigen. Die Ausgaben für Sozialhilfe werden ebenfalls neue Spitzenwerte erreichen. 1986 erhielten laut Statistischem Zentralamt 35.951 Personen Sozialhilfe, dazu kommen noch diejenigen Menschen, die in akuten

Notfällen eine Unterstützung erhielten. Das ist "soziale Symmetrie": Gespart wird bei den Arbeitnehmern, Schülern, Studenten und Pensionisten. Die Unternehmer und Reichen bleiben weitgehend verschont. Durch den Druck der ÖVP und der Bundeswirtschaftskammer wird es keine ZEST geben, dafür aber eine Steuersenkung zugunsten der Unternehmer (dafür werden die Konservativen schon sorgen!). Bereits jetzt protestieren Gewerkschafter und Sozialisten gegen die Sanierungspolitik der Regierung, gegen den geplanten Sozialabbau. Bis jetzt ist es der Koalition gelungen, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen. Im Widerstand gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen brauchen wir eine geeinte Front aller Gewerkschaften und Sozialisten.

EDITORIAL

Da unsere finanziellen Mittel begrenzt sind und die Herstellung einer Zeitung teuer ist, können wir es uns nicht leisten, öfter zu erscheinen. Um wenigstens beim Tippen der Artikel flexibel zu sein, brauchen wir ein Textverarbeitungsgerät. Da wir aufgrund unserer kritischen Haltung keinerlei Unterstützung von SPÖ und SJ erwarten können, sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen.

ACHTUNG - SPENDENKAMPAGNE!

Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis Jahresende 5.000 G\$ für unsere Zeitung zu sammeln.

Wir waren uns immer der Bedeutung einer freien und unabhängigen Arbeiterpresse bewußt. Nur sie kann konsequent den Kampf der Arbeiter gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmer unterstützen.

VORWÄRTS ist allenfalls ein bescheidener Ansatz zum Aufbau einer solchen Arbeiterpresse, alles andere wäre Selbstüberschätzung. Solange wir aber finanziell und inhaltlich von Euch unterstützt werden, werden wir uns auch weiterentwickeln.



....aber, aber, das ist alles sehr kompliziert..

Impressum

Eigentümer, Medieninhaber und für den Inhalt verantwortlich: Andrea Koch, Weldeng. 26/17 1100 Wien
Erscheinungsort: Wien
Richtung der Zeitung: Sozialistische Betriebszeitung

INHALT

| | |
|------------------------|----|
| Belastungspaket..... | 2 |
| ZEST..... | 3 |
| Südafrika..... | 4 |
| Wiener Brückenbau..... | 5 |
| VÖEST..... | 6 |
| | 7 |
| ÖGB-Kongreß..... | 9 |
| Ladenschluß..... | 9 |
| GR-Wahlen..... | 10 |

... und wie steht's im Programm?

Aus dem SPÖ-Parteiprogramm, Der Wohlfahrtsstaat - diese Errungenschaft der Arbeiterbewegung - aber ist nicht frei von Mängeln. Er berücksichtigt vor allem die Interessen jener Bevölkerungsgruppen, die organisiert auftreten und über genügend politische Durchschlagskraft verfügen. Die Benachteiligten, die sich aus der bürokratischen Organisation des Staates und der öffentlichen Einrichtungen ergeben, kommen hinzu. Neue demokratische Formen des menschlichen Zusammenlebens sollen den Staat für die Menschen durchschaubar und kontrollierbar machen. Die Sozialisten kämpfen dafür, daß der Staat niemals wieder ein Instrument der Unterdrückung der arbeitenden Menschen wird, sondern zur Durchsetzung ihrer Lebensinteressen dienstbar gemacht wird.

2.3. Vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie

Die Sozialisten haben von allem Anfang an im Interesse der arbeitenden Menschen um den Einfluß im Staat gerungen. Sie haben in ihrem politischen und gewerkschaftlichen Kampf erreicht, daß das Elend der arbeitenden Menschen, der Kinder, Kranken und Alten durch Selbsthilfeorganisationen und öffentliche Einrichtungen gemildert oder ganz beseitigt wurde. Sie haben den Wohlfahrtsstaat Schritt für Schritt aufgebaut und geräumiger gemacht. Aber der Wohlfahrtsstaat ist durch die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedroht. Seine Errungenschaften werden von Wirtschaftskrisen in Frage gestellt. Die sozialdemokratische Politik kann sich daher nicht allein auf die Verteidigung bestehender politischer Rechte und politischer Errungenschaften beschränken, sondern muß eine grundlegende Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in eine gerechtere und weniger krisenanfällige zum Ziele haben.

Die konservativen Kräfte sind stets für einen Staat eingetreten, der die Interessen der Privilegierten gegen jene der großen Mehrheit der Bevölkerung verteidigt. Auch heute haben sie ein widersprüchliches Verhältnis zu den staatlichen Einrichtungen: Einerseits rufen sie nach dem "starken Staat", behaupten aber gleichzeitig, für "weniger Staat zu sein. In Wirklichkeit bedeutet das: Der "starke" Staat soll ihre Interessen schützen, durch "wenig" Staat sollen die Bedürfnisse der sozial Schwächeren vernachlässigt bleiben. Sie treten für staatliche Ausgabenkürzungen zu Lasten von Wohlfahrtsinstitutionen und Beschäftigungspolitik ein.

Die Wohlfahrtsstaat - diese Errungenschaft der Arbeiterbewegung - aber ist nicht frei von Mängeln. Er berücksichtigt vor allem die Interessen jener Bevölkerungsgruppen, die organisiert auftreten und über genügend politische Durchschlagskraft verfügen. Die Benachteiligten, die sich aus der bürokratischen Organisation des Staates und der öffentlichen Einrichtungen ergeben, kommen hinzu. Neue demokratische Formen des menschlichen Zusammenlebens sollen den Staat für die Menschen durchschaubar und kontrollierbar machen. Die Sozialisten kämpfen dafür, daß der Staat niemals wieder ein Instrument der Unterdrückung der arbeitenden Menschen wird, sondern zur Durchsetzung ihrer Lebensinteressen dienstbar gemacht wird.

Die Widersprüche in unserer Welt und die Unfähigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die Probleme der Menschen zu lösen, erfordern eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft - die Verwirklichung der sozialen Demokratie als ständige Aufgabe.

"Es ist eine Tatsache, daß die Armen im Durchschnitt dümmere sind als die Reichen, auch wenn die meisten Politiker, dem Volk nach dem Mund redend, das Gegenteil behaupten. Der kleine Sparer hat die ZEST von Anfang bis Ende nicht begriffen und weit überschätzt. Es wird extremes Fingerspitzengefühl verlangen, eine Neo-ZEST mit Luxussteuer-Psychologie so einzuführen, daß sie die wissenden Reichen schont und die unwissenden Armen so trifft, daß sie es nicht begreifen."

Zest

Herbert Laszlo, Eigentümer des Börsenkurier in: Börsenkurier vom 19. Juni 1986

Das Zitat zeigt, mit welchem Zynismus Vertreter des Finanzkapitals offenlegen, daß es beim Widerstand gegen die Zinsertragssteuer nicht wie vorgegeben um den Schutz der kleinen Sparer ging, sondern vor allem die Interessen der großen Kapitalanleger wahrgenommen wurden.



Südafrika

Wie die Streiks der letzten Monate deutlich gezeigt haben, haben die schwarzen Bergarbeiter Südafrikas allen Grund, um ihre Rechte zu kämpfen. Wer in einer Mine arbeitet, muß jeden Tag damit rechnen, bei einem Grubenunglück ums Leben zu kommen.

So erstickten am 16. September 1986 nach einer Gasexplosion in der Kinross - Goldmine des Gencor-Konzerns 180 Kumpel an Giftgas, weil billige Kunststoffkabel in Brand gerieten und nicht einmal Feuerlöscher vorhanden waren.

Die Lebenserwartung eines Minenarbeiters liegt im Durchschnitt bei 45 (!) Jahren, da sogar primitiver Atemschutz fehlt und Staublung und TBC an der Tagesordnung stehen. Die schwarzen Kumpel verdienen um ein Viertel weniger als ihre weißen Kollegen und dieser Lohn reicht kaum aus, um selbst davon zu leben, geschweige denn um ihre Familien zu ernähren, die von ihnen getrennt in den "Homelands" leben.

STREIK

Das sind die Gründe, die 340 000 Bergarbeiter zum Streik veranlaßt haben. Hauptforderung war eine 30% ige Lohnerhöhung, die mit einer konsequenten Führung auch durchsetzbar gewesen wäre.

Die Schwarzen Kumpel hielten 3 Wochen lang durch, obwohl kein Streikgeld gezahlt wurde. Die Einrichtung von Streikfonds ist in Südafrika verboten und die Banken in den Bergbaugebieten sperrten die Sparkonten der Minenarbeiter. Die Forderung nach einer 30%igen Lohnerhöhung wurde nicht erfüllt, da die COSATU (der größte nicht rassistische Gewerkschaftsdachverband des Landes) ihre Möglichkeiten nicht wahrgenommen hat. Insgesamt waren in den letzten Monaten 700.000 - 800.000 Arbeiter aus allen Tätigkeitsbereichen

in größtenteils spontane Arbeitskämpfe verwickelt. Die COSATU hätte diese Kräfte um die streikenden Minenarbeiter versammeln müssen, aufgebaut auf die derzeit laufende Kampagne für einen garantierten Mindestlohn. Denn durch einen Generalstreik wäre es möglich gewesen, auch die Lohnforderungen durchzusetzen. Der fehlende Streikfond hätte durch solidarische Unterstützung der Schwarzen in den Homelands ersetzt werden können.

Erst am 18. Tag des Streiks gab es vage Andeutungen der COSATU über Solidaritätsaktionen, die aber nie realisiert wurden. Die Führung der NUM (stärkste Einzelgewerkschaft innerhalb der COSATU) wollte die politische

Wichtigkeit des Streiks vertuschen und beharrte auf der Behauptung, daß der einzige Grund des Streiks die Forderung nach einer Lohnerhöhung wäre.

Während der ersten 3 Wochen wurden rund 44.000 Kumpel entlassen - die ersten Versuche der Unternehmer, den Streik zu brechen. Der Generalsekretär der NUM, Cyril Ramaphosa dazu: "Wir glaubten zu wissen wie brutal die Unternehmer vorgehen; wir wußten es nicht." Statt zum nationalen Kampf aufzurufen, hatte die Führung der NUM es sehr eilig, den Streik für beendet zu erklären.

Ein weiterer taktischer Fehler der NUM-Führung war die Aufforderung an die Kumpel, die **Minen** zu verlassen. Trotzdem diese Forderung



weitgehend nicht befolgt wurde, hat es nie eine öffentliche Dementierung dieser Maßnahme gegeben. Das führte dazu, daß die entlassenen Minenarbeiter in die Homelands zurückkehrten und Streikbrecher ohne großen Widerstand in die Minen gebracht werden konnten. Die "legalen Taktiken" der Gewerkschaftsführung hatten Verhaftungen, Toten und mehr als 300 durch Werkschutz und Polizei schwerverletzten Kumpeln nichts entgegenzusetzen.

Die Führung der Gewerkschaft muß ihre Fehler erkennen und Vorbereitungen für kommende Kämpfe treffen.

Die 80.000 Streikenden, die bis jetzt noch nicht gewerkschaftlich

organisiert sind, müssen gewonnen werden. Die Verbindung der Bergarbeiter zu den Jugendlichen in den Townships und zur COSATU muß garantiert sein.

Die Niederlage bedeutet zwar nicht, daß die Gewerkschaft gebrochen ist, aber Millionen von Arbeitern und Jugendlichen sind enttäuscht und auf zukünftige Streiks werden die Unternehmer nach diesem Sieg noch härter reagieren. Doch weder durch sie noch durch den Staat wird die COSATU zerschlagen werden können, denn:

Die südafrikanischen Arbeiter werden sich weder der Apartheid noch dem Kapitalismus unterwerfen.



WIENER BRÜCKENBAU ERST VERKAUFEN, DANN ZUSPERREN

501 Arbeiter in Wien-Favoriten müssen um ihren Arbeitsplatz zittern. Die HEBAG, (besser bekannt WIENER BRÜCKENBAU), ein Tochterbetrieb der VÖEST, ist verkauft worden.

Die Firma arbeitet seit Jahren mit Verlust, obwohl sie über beträchtliches technisches Know-how und hochwertige Anlagen verfügt. (Zum Beispiel wurde das neue Dach des Wiener Praterstadions von der HEBAG errichtet.) Arge Fehler im Management dürften nach Meinung der Belegschaft die Ursache dafür sein, daß trotz dieser guten Voraussetzungen keine Gewinne erzielt werden konnten. Wer diese Fehler auszubaden hat, liegt auf der Hand, waren doch vor 5 Jahren noch 819 Arbeiter in der HEBAG beschäftigt.

Verkauft werden soll an einen deutschen Bankrotteur, der es in der BRD und in der Schweiz binnen eineinhalb Jahren auf zwei Konkurse gebracht hat. Nachdem der private Käufer, Erhard Zieringer, ja den Verlust "mitkaufen" muß, wurde ihm vom Kaufpreis, 101 Millionen Schilling, ein Großteil

nachgelassen. Betrachtet man die Anlagewerte des Betriebes, so kann man dieses Geschäft beinahe als Geschenk betrachten. Dafür mußte Erhard Zieringer sich nur verpflichten, bis Ende 1988 80% Arbeitsplätze zu erhalten! Daß danach zugesperrt und die Anlage (mit Gewinn, der in die Schweiz fließt) verkauft wird, darüber sind sich alle Beteiligten im Klaren.

Trotz dieser wenig zukunftsweisenden Versprechungen und der vorangegangenen Konkurse wird der Käufer z.B. von Vizebürgermeister Mayr als seriöser Geschäftsmann bezeichnet.

Am Beispiel HEBAG wird die Taktik der Regierung deutlich: Einzelne VÖEST-Betriebe oder Tochtergesellschaften werden nicht gleich zugesperrt, sondern an Private verschleudert. Diese Vorgangsweise soll garantieren, daß sich der Haß der Arbeiter nicht gegen die Regierung richtet. Außerdem wird es durch Privatisierung einzelner Betriebe und Zersplitterung der Verstaatlichten den Arbeitern erschwert, innerhalb der VÖEST Solidarität zu üben.



NEIN ZUR ZERSCHLAGUNG DER VERSTAATLICHTEN!

Mehr als 20.000 Menschen werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bereits im November soll die geplante Aufteilung der verstaatlichten Unternehmen in marktorientierte Holdinggesellschaften erfolgen. Der nächste Schritt ist, so VÖEST-Generaldirektor Lewinsky, die Zuteilung des "betriebswirtschaftlich notwendigen" Personals - alleine die VÖEST-Belegschaft soll bis 1990 von jetzt 29.800 auf 23.600 schrumpfen. Bereits jetzt sind tausende Arbeitsplätze verloren gegangen, betroffen sind die Industriegebiete in Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark.

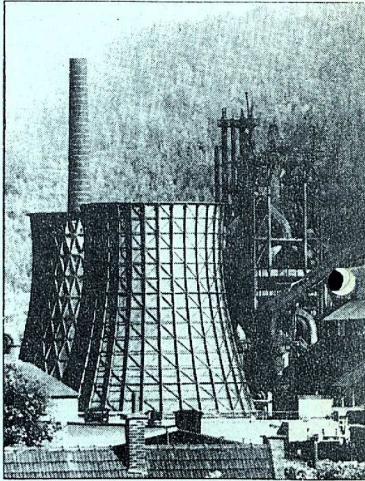
AUSVERKAUF

Um Kapital aufzutreiben, verkaufen die verstaatlichten Unternehmen ihre Beteiligungen an anderen Firmen wie der HEBAG und Gaskoks. Viele Betriebe werden privatisiert, weil die Regierung wenig finanzielle Unterstützung bewilligt. Auch wird für die Privatisierung in der Öffentlichkeit geworben. Die ÖMV-Aktien verkaufen sich auch ohne großen Werbeaufwand, der den verstaatlichten Unternehmen Millionen kostet. Auf Großflächenplakaten wird der Anschein erweckt, daß die ÖMV an das Volk verkauft werden soll. Die Aktienpakete können sich jedoch nur Großverdiener und Unternehmen

leisten. Ein großer Teil der Aktien ist ohnedies für das ausländische Kapital reserviert. Somit finanzieren die Steuerzahler die Werbekosten für den Ausverkauf der ÖMV.

Die Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen ist ein weiterer Angriff auf die erkämpften Rechte aller Arbeitnehmer und wird nur Nachteile für die Belegschaft bringen: niedrigere Löhne, erhöhter Leistungsdruck durch Kürzungen und Rationalisierungen. Aber auch die in Besitz des Staates verbleibenden Firmen werden wie Privatunternehmen geführt - wichtig ist nur der Profit und nicht die Rechte der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte stehen den von der Geschäftsleitung ausgesprochenen

Kündigungen meist wehrlos gegenüber. Die Belegschaft der Verstaatlichten ist verunsichert; viele haben Angst um ihren Arbeitsplatz und die Wut über das geplante Sanierungsprogramm steigt. Doch die ÖGB-Führung versucht, die Beschäftigten der Verstaatlichten zu beruhigen und zurückzuhalten. Ab und zu werden von Betriebsräten kämpferische Töne angeschlagen. Aber wohl auch nur, um die Glaubwürdigkeit vor den Arbeitern nicht ganz zu verlieren. So sagte der Zentralbetriebsratsobmann der VÖEST, Erhard Koppler: "In der derzeitigen



Situation schließe ich Kampfmaßnahmen nicht aus." Noch wird es Gespräche der Gewerkschaft mit der Konzernleitung geben, doch Koppler droht bereits jetzt: "Wir sind jedenfalls bereit, wenn es notwendig sein sollte, bis zum Äußersten zu gehen."

GEWERKSCHAFT

Manche ÖGB-Funktionäre verstecken sich hinter der Sozialpartnerschaft oder stehen, da Mitglied derselben, auf Seiten der Regierung Vranitzky und Mock und erkennen nicht, daß die Zerschlagung der Verstaatlichten auch eine Niederlage der Gewerkschaft ist. Die großen Unternehmen VÖEST, VEW, Chemie Linz und AMAG werden nach der Sanierung nicht mehr existieren. In kleineren Einzelunternehmen wird auch die Gewerkschaft kleiner und daher schwächer sein. Noch werden die branchengegliederten Holdinggesellschaften von einer Zentralleitung des ÖIAG-Konzerns zusammengehalten. Wenn es nach den Vorstellungen der Konservativen geht, sollen die verstaatlichten Betriebe in den 90er Jahren



gänzlich privatisiert werden. Die Verstaatlichte als Zentrum gewerkschaftlicher Macht soll verschwinden. Nach dieser Niederlage der Gewerkschaft, denn eine kämpferische Duldung der Aufteilung des Konzerns ist eine Niederlage, ist der Weg frei für Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen und für weitere Kündigungen.

Warum aber nicht mehr Arbeitsplätze in der Verstaatlichten Industrie? Warum die Verstaatlichte nicht ausbauen?

STREIK

Die Gewerkschaft muß jetzt für die Erhaltung der Verstaatlichten kämpfen - mit Demonstrationen, Kampagnen und Streiks. Über Streiks sagt Anton Benya: "Es geht nicht darum, ob man sich traut, einen Streik zu machen, sondern es kommt darauf an, ob ich beim Streik Erfolg habe." Aber die ÖGB-Spitze hat nicht einmal die

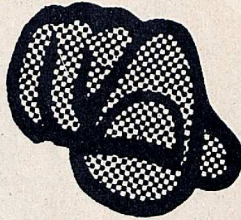
Absicht, es zu versuchen. Natürlich muß der ÖGB einen Streik vorbereiten und planen. Es darf nicht bei Absichtserklärungen bleiben, sondern die Gewerkschaft muß jetzt ihre Mitglieder mobilisieren. Die SPÖ muß sich ebenfalls konsequent für die Verstaatlichte einsetzen. Nicht mehr und nicht weniger als die Rechte der Arbeitnehmer und das Vertrauen der Beschäftigten in die Sozialistische Partei stehen auf dem Spiel. Die Unterstützung der Zerschlagung der Verstaatlichten ist mit einer sozialistischen Politik unvereinbar!

Die Regierung werde, so Bundeskanzler Vranitzky, den betroffenen Arbeitern neue Arbeitsplätze anbieten und es werde soziale Hilfe für die Arbeitslosen geben.



ARBEITERKONTROLLE!

Arbeitszeit könnte in der Verstaatlichten schnell realisiert werden. Neue Technologien könnten ohne Beschäftigungsabbau eingeführt werden. Deshalb müssen SPÖ und ÖGB nicht nur für die Erhaltung und den Ausbau der Verstaatlichten kämpfen, sondern auch für eine sozialistische Wirtschaftsordnung. Nur wenn alle großen Unternehmen und alle Banken durch die Arbeitnehmer selbst geführt und verwaltet werden, können wir Wirtschaftskrisen verhindern.



WOFÜR WIR KÄMPFEN!
UNSERE FORDERUNGEN!

Wenn in der Vergangenheit Fehler im Management gemacht wurden, wessen Fehler waren es? Wenn die Betriebe durch Korruption, Spekulation und Fahrlässigkeit des Managements in den Ruin getrieben wurden, wessen Fehler waren es? Sicher nicht die Fehler der Beschäftigten. Wenn die Verstaatlichte umstrukturiert werden soll, dann nicht auf Kosten der Arbeitnehmer. Anstatt die Verstaatlichte zu privatisieren, sollte sie ausgeweitet werden. Die verstaatlichten Unternehmen sollten den Menschen angenehme Arbeitsbedingungen, sichere Arbeitsplätze und allen Jugendlichen eine Ausbildung garantieren.

Wenn alle großen Unternehmen und Banken verstaatlicht wären, könnten wir die gesamte Wirtschaft umfassend planen. Unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt, könnte die Verstaatlichte Industrie Mißwirtschaft verhindern und allen Arbeitnehmern einen Arbeitsplatz garantieren. Die Verkürzung der

tip-Buchtip-Buchtip-Buchtip-
"Stahl und Eisen bricht - Industrie und staatliche Politik in Österreich"
Im Verlag für Gesellschaftskritik erschienen, untersucht das Verhältnis zwischen Industrie und staatlicher Politik.



Verzetnitsch

STREIK

Österreichs Studenten streiken! Die Österreichische Hochschülerschaft ruft am 20.10. den unbefristeten Streik aus. Hörsäle werden besetzt und am 21.10. soll in Wien eine Großdemonstration stattfinden.

Die Einsparungen der Koalition bei den Studenten und im Bereich der Universitäten treffen vor allem die sozial Schwächeren. Die Regierung will die Streichung der Familienbeihilfe für Kinder über 25 und die Anpassung aller damit in Zusammenhang stehenden Regelungen durchsetzen. Die Einführung eines sozialen Numerus Clausus muß aber verhindert werden und es kann nur eine Antwort geben:

SOLIDARITÄT

Um den Streik der Studenten siegreich zu beenden, muß die ÖH auch die Arbeiter in der Verstaatlichten unterstützen und gegen die Kürzung der Sozialleistungen protestieren.

ÖGB-KONGRESS

Gewerkschaft fortsetzen, an der Sozialpartnerschaft soll nicht gerüttelt werden. Allerdings erklärte die Bundeswirtschaftskammer, eine generelle Einführung der 35-Stunden-Woche sei innerhalb der nächsten 4 Jahre unvorstellbar und daher prinzipiell abzulehnen. Wenn der ÖGB an der Sozialpartnerschaft festhält, stellt sich die Frage, wie die Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden soll, wenn die Unternehmenseite nicht einmal bereit ist, darüber zu verhandeln. Der ÖGB wird die

Beim ÖGB-Kongreß Anfang Oktober wurden die Themen "Belastungspaket" und "Verstaatlichten-Sanierung" in den Hintergrund gestellt, um die Koalition nicht zu gefährden. Die ÖGB-Führung wird also Kampfmaßnahmen der Arbeitnehmer nicht befürworten. An der Spitze der Forderungen steht die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn, die bis zum nächsten ÖGB-Kongreß im Generalkollektivvertrag realisiert sein soll. Der neue ÖGB-Präsident Verzetnitsch will den bisherigen Kurs der

Forderung nach der 35-Stunden-Woche solange nicht aufgeben, bis die Unternehmer deren Einführung für rentabel halten. Es sind die technischen Voraussetzungen vorhanden, die Arbeitszeit zu verkürzen. Durch Rationalisierung und Steigerung der Produktivität wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Um den technologischen Fortschritt nicht bremsen zu müssen und um die Rechte der Arbeitnehmer zu wahren, müssen wir bereits jetzt für die Verwirklichung der 30-Stunden-Woche eintreten!



Eröffnung des ÖGB-Kongresses

KEINE ÄNDERUNG DER LADENSCHLUSSZEITEN!

Auf den ersten Blick scheinen längere Öffnungszeiten vorteilhaft für Konsument, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sein. Stichworte wie Arbeitsplatzsicherung und Gewinnvergrößerung werden in diesem Zusammenhang verwendet. Eine Änderung der Ladenschlußzeiten - Wien ist ja anders - würde auf Kosten der Handelsangestellten und auch der kleinen Geschäfte gehen. Für einen kleinen Betrieb wird sich ein weiterer Angestellter, um Handelsangestellten zu können, kaum rentieren. Wirklich profitieren würden Supermärkte und Kaufhaus-

ketten. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müßten die Klein- und Mittelbetriebe die Arbeitszeit der Angestellten weiter verlängern, auf "freiwilliger" Basis. Es kann sich wohl kaum jemand erlauben, dem Chef eine Absage zu erteilen, die ohne Konsequenzen bleibt. Der Vorschlag, die Geschäfte branchenweise an verschiedenen Tagen länger offenzuhalten, ergäbe eine unüberschaubare Situation für die Handelsangestellten und Konsumenten. Als einzig annehmbare Form ersieht eine Gleitzeitregelung. Allerdings müßten viele

Angestellte unfreiwillig zu unüblichen Zeiten arbeiten, was vor allem Mütter und Väter benachteiligen und die Arbeiter vermehrt von familiären und kulturellen Bedürfnissen ausschließen würde. Eine Änderung der Ladenschlußzeiten wird von den Handelsangestellten abgelehnt, obwohl sie selbst wohl die größten Schwierigkeiten haben, nach der Arbeit noch einkaufen zu gehen. Vizekanzler Mock lobt die langen Öffnungszeiten von Italiens Geschäften - die kurze Öffnungszeiten am Vormittag und die Siesta scheint er allerdings verschlafen zu haben.

Deshalb meinen wir: Zuerst Arbeitszeit verkürzen mit vollem Lohn und die Rechte der Handelsangestellten sichern - erst dann sollte die Gewerkschaft über längere Öffnungszeiten verhandeln.

FÜR EIN ROTES WIEN!

Wenn man sich die Wiener Wahlplakate ansieht bekommt man auf der einen Seite politische Parolen wie "Hände weg von den Pensionen" oder "Jobs für die Jungen" zu sehen, während auf anderen Dreieckständern eher lasche und äußerst halbherzige Losungen wie "100% Hochquellwasser für unser Wien" zu lesen sind. Sieht man sich die Wahlwerbung genauer an, kommt man plötzlich dahinter, daß die ersten zwei Forderungen von bürgerlichen Parteien FPÖ und ÖVP gestellt werden. Natürlich denkt keine der zwei Parteien daran, auch nur irgendetwas für deren Durchführung zu tun. Im Gegenteil, niemand wehrt sich heftiger gegen Arbeitszeitverkürzung, Maschinensteuer, Senkung des Pensionsalters, Erhöhung der Unternehmerbeiträge bei der Pensionsversicherung usw. als ÖVP und FPÖ. Doch bedenklich ist es schon, wenn sogar die Bürgerlichen solche Parolen auf ihre Fahnen schreiben, während die SPÖ ihren Wahlkampf völlig auf die Person Helmut Zilks aufbaut. Die SPÖ versteckt ihre Forderungen wie "Abschaffung des dualen Bildungssystems, Ausbau der Sozial-

leistungen, Vollbeschäftigung, Wohnbauprogramme." Dies sind keine Dinge für die man sich schämen muß, mit SOLCHEN Forderungen macht man Wahlkampf. Doch fordern allein genügt nicht! Die Wiener SPÖ muß nach ihren sozialistischen Grundsätzen handeln (wovon in den letzten Jahren allerdings nicht viel zu merken war) und auch Druck auf die Bundesregierung ausüben. Bei den Wahlen in Wien gibt es keine Alternative zur SPÖ. Als Unternehmerparteien haben sich ÖVP und FPÖ auch in der Opposition als unfähig erwiesen, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Die verschiedenen Grün-Gruppierungen greifen zwar akute Umweltprobleme auf, bekämpfen aber deren eigentliche Ursache nicht. Da die Bürgerlichen in der Grünen-Alternativen einen sehr starken Einfluß haben, sind auch sie keine Alternative zur SPÖ. Doch nur SPÖ wählen allein genügt nicht, heißt mit, einen starken linken Massenflügel in der SPÖ aufzubauen!

FÜR EIN ROTES WIEN UND EINE SOZIALISTISCHE POLITIK!



Abonniert

VORWÄRTS !!

**SPENDET
FÜR**

VORWÄRTS



Unser Ziel:

10.000,-- öS bis Jahresende, um ein Textverarbeitungsgerät kaufen zu können.



Das Spendenkonto:
PSK 1.670.350

KONTAKTADRESSE IM
IMPRESSUM SEITE 2